

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Preis pro Nummer 10 Pf.

Ersteinzelnummer 10 Pf. und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM, frei
nach Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mann“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbillette“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gehalts wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Beilege kostet bei 46 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig.
Geschäftliche und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-
preis für Anzeigen im Textfeld beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichs-
pfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar
1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis
9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 10

Dienstag, den 23. Januar 1934

27. Jahrgang.

Reform des deutschen Jagdgesetzes

Einrichtung großer Naturschutzparks — Zusammenfassung der Jäger in einer Fachschaft

Neuregelung der Invalidenversicherung

Von Otto Nau, Berlin.

Am 1. Januar 1934 trat das Gesetz zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, Angestellten- und Landwirtschaflichen Versicherung in Kraft, das in vielen Punkten wesentliche Veränderungen bringt. Der Zweck dieses Gesetzes ist, wie in der Begründung zum Ausdruck gebracht wird, die Rentenversicherungen endgültig zu sanieren. Durch das neue Gesetz wird die Rentenberechnung durch die Einführung feststehender Steigerungssätze vereinfacht. Darüber hinaus werden in Zukunft die Renten mehr den während der Berufstätigkeit erzielten Löhnen und Gehältern angepasst.

Für die Invalidenversicherung übernimmt das Reich ab 1. Januar einen dauernden Reichsbeitrag in Höhe von 200 Millionen RM, der der Invalidenversicherung zufließt. Es wird hierdurch, abweichend von dem früheren System, nicht die Last auf die Schultern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelegt und die Renten weiter gefördert, sondern das Reich greift selbst tatkräftig ein. Wenn auch in dieser Summe die bisherigen Aufwendungen aus Reichsmitteln und Reichsbeiträgen einbezogen sind, so bedeutet der postulierte Reichsbeitrag dennoch für das Reich eine anfänglich nur geringe Mehrbelastung, die sich jedoch von Jahr zu Jahr erhöht.

Die Beiträge betragen in der Invalidenversicherung zur Zeit 5 v. H. des Endbetrages jeder Lohnklasse. Eine weitere Erhöhung der Beiträge ist zur Zeit nicht vorgesehen, jedoch ist der Reichsarbeitsminister ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Höhe der Beiträge neu festzusetzen. Sofern infolge weiteren Rückgangs der Arbeitslosigkeit die Zuschüsse aus der Arbeitslosenhilfe entsprechend sinken, ist mit einer Beitrags-erhöhung von höchstens 1,5 v. H. des Restbetrages jeder Lohnklasse zu rechnen.

Bisher umfaßte die Invalidenversicherung sieben Lohnklassen, in der siebenten Lohnklasse alle Verdienste über 36 RM. Da die Verdienstspanne der einzelnen Lohnklassen 5 RM betrug, wirkten sich die Verdienste über 42 RM mehr bei der Beitragszahlung noch bei der Rente selbst aus. Dieser für die Versicherten bestehende Nachteil wird durch Aufhebung der Lohnklassen beseitigt, ohne der Wirtschaft eine erhebliche Mehrbelastung aufzuerlegen. Nach der amtlichen Begründung zu dem neuen Gesetz werden gegenwärtig nur 16 v. H. aller Wochenbeiträge nach Lohnklasse VII entrichtet. Um einen lang gehegten Wunsch der Versicherten Rechnung zu tragen, sind, gleich wie in der Angestelltenversicherung, zwei neue Lohnklassen für freiwillige Höherversicherung bzw. Weiterversicherung vorgesehen. Es ergeben sich somit ab 1. Januar 1934 nachstehende Lohnklassen und Beiträge:

Lohnklasse	Wöchentlich	Monatlich	Beitrag
I	bis 6 RM	bis 26 RM	0,30
II	6,01 bis 12 RM	26,01 bis 52 RM	0,60
III	12,01 bis 18 RM	52,01 bis 78 RM	0,90
IV	18,01 bis 24 RM	78,01 bis 104 RM	1,20
V	24,01 bis 30 RM	104,01 bis 130 RM	1,50
VI	30,01 bis 36 RM	130,01 bis 156 RM	1,80
VII	36,01 bis 42 RM	156,01 bis 182 RM	2,10
VIII	42,01 und mehr	182,01 und mehr	2,40
IX	freiwillige Höher- bezw. Weiter- versicherung		2,70

Die Rentenberechnung hat eine grundlegende Veränderung erfahren, von der jedoch die bereits laufenden Renten nicht erfaßt werden. Bis zum 31. Dezember 1933 fehlte sich die Invalidenrente aus dem Grundbetrag von 84 RM jährlich und dem Reichszuschuß von 72 RM jährlich zusammen, zu welchen Beträgen noch die Steigerungsbeträge hinzukamen. Nach dem neuen Gesetz fällt ab 1. Januar der bisherige Grundbetrag von 84 RM fort, der bisherige Reichszuschuß von 72 RM fällt fortan als Grundbetrag.

Der Steigerungsbetrag betrug ab 1. Januar 1924 20 v. H. der entrichteten Beiträge, für die vorübergehende Zeit waren feste Beträge festgelegt. Das neue Gesetz sieht einheitliche Steigerungsbeträge vor, gleichviel ob die Beiträge vor oder nach der Bewertung entrichtet worden sind und erhält dieselben. Hierdurch wird ein gewisser Ausgleich für den in Fortfall gekommenen Grundbetrag geschaffen.

Um einen Überblick über die Auswirkung des neuen Rechts auf die zukünftigen Invalidenrenten zu gewinnen, seien hier einige Beispiele aus der amtlichen Begründung angeführt, in denen das neue Recht dem alten Recht gegenübergestellt wird, um die geringe Differenz nachzuweisen. Die Renten würden in Zukunft betragen:

Lohnklasse	alt	neu	alt	neu	alt	neu
I	14,20	12,00	15,60	12,00	18,00	12,00

Lohnklasse	alt	neu	alt	neu
Lohnklasse IV	18,00	12,00	23,00	16,80
Lohnklasse VII	21,70	16,80	30,50	24,30
Lohnklasse X	21,70	20,50	30,50	31,80
	1500		2000	
Lohnklasse I	20,50	16,00	23,00	19,30
Lohnklasse IV	43,00	38,50	53,00	49,30
Lohnklasse VII	65,50	61,00	83,00	79,30
Lohnklasse X	65,50	83,50	83,00	109,30

Zur endgültigen Sanierung, die durch die Maßnahmen des neuen Gesetzes durchgeführt wird, war es notwendig, von dem nach der Inflation eingeführten Umlageverfahren wieder abzugehen und das bereits in der Vorkriegszeit angewandte Finanzsystem wieder einzuführen. In der Versicherungsmathematischen Denkschrift zu dem neuen Gesetz wird nachgewiesen, daß ohne den neuen Gesetz der Umlagebeitrag von 5 v. H. nach und nach bis auf 8 v. H. heraufgesetzt werden müßte. Der Versicherungstechnische Fehlbetrag ließe sich auch dann nur ausgleichen, wenn sich das Reich in der bisherigen Weise beteiligte, die Renten — auch die laufenden Renten — um etwa 30 v. H. gekürzt würden, die Steigerungsbeträge auch nach der Beitragserhöhung auf dem alten Stande verbleiben würden, die Beitragserhöhung sich mithin auf den Rentenbezug nicht auswirken würde. Trotz dieser einschneidenden Maßnahmen wäre eine endgültige Sanierung nicht erreicht worden, sondern es hätten immer wieder neue Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Fehlbetrag wieder zu decken.

Hieraus ergibt sich, daß die durch das neue Gesetz vorgenommene Kürzung der künftigen Renten — etwa 7 v. H. betragend — das kleinere Übel war. Andererseits sieht das neue Gesetz eine Mindestrente vor, und zwar in den Fällen, in denen nicht alle Beiträge entrichtet sind, als zur Erfüllung der Wartzeit erforderlich (250 Pflichtbeiträge). Das Gesetz schreibt vor, daß in diesen Fällen die Steigerungsbeträge für 500 Wochenbeiträge zu berechnen sind. Die hieran fehlenden Wochenbeiträge sind aus der Lohnklasse I zu ergänzen. Der Steigerungsbetrag muß mindestens sechs RM monatlich betragen. Auf die für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923 entrichteten Beiträge entfallen keine Steigerungsbeträge.

Sozialversicherung 1932/33

Die Gesundung hat begonnen.

Das Reichsversicherungsamt gibt soeben die von ihm bearbeitete „Statistik der Sozialversicherung 1932 mit einem Blick auf das Jahr 1933“ heraus.

Das Jahr 1933 brachte auch in der Entwicklung der Sozialversicherung durch erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Wendung zum Besseren.

In der Unfallversicherung ist für 1933 mit rund 310 Millionen RM Ausgaben zu rechnen. Wegen der Aufwärtsbewegung der Lohnsummen und der Verminderung der Ausgaben infolge des Rückgangs der Zahl der Unfälle wird sich die Beitragsaufbringung erleichtern.

In der Invalidenversicherung werden mehr als 670 Mill. RM an Beiträgen eingehen. Hier brachte das zweite Halbjahr 1933 ein erfreuliches Aufleben. Die gesamten Einnahmen werden etwa 730 Mill. RM betragen, die Ausgaben etwa 786 Mill. RM (darunter 730 Mill. RM für Pflicht- und freiwillige Leistungen).

In der Angestelltenversicherung erreichen die Einnahmen 433 Mill. RM (davon 285 Mill. RM Beiträge), die Ausgaben 276 Mill. RM.

In der Knappschaftlichen Pensionsversicherung sind, obwohl sich die Lage besserte, noch in erheblichem Umfang Zusatzen des Reiches nötig gewesen.

In der Krankenversicherung hat der Krankenstand im Jahre 1933 mit Ausnahme der Monate Januar und Februar unter dem bereits sehr niedrigen Stande des Vorjahres sich bewegt.

Die Einnahmen werden ebenso wie die Ausgaben (davon besonders diejenigen für das Krankengeld) unter den Beiträgen der Vorjahre liegen. Eine größere Anzahl Kassen hat ihre Beiträge herabsetzen müssen.

Neben diesen vorläufigen Zahlen und Betrachtungen für 1933 bringt der Bericht das endgültige finanzielle Ergebnis der gesamten Sozialversicherung für 1932.

Für die Gesamtheit aller Zweige der Sozialversicherung mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung beliefen sich die Beitragseinnahmen im Jahre 1932 auf 2,4 Milliarden Reichsmark; einschließlich der Vermögenserträge und der sonstigen Einnahmen ergibt sich eine Gesamteinnahme von 2,7 Milliarden RM. Die Gesamtausgaben hatten die gleiche Höhe, von ihnen entfielen 2,5 Milliarden RM auf die Pflicht- und freiwilligen Leistungen, das sind 93 v. H. aller Ausgaben oder 107 v. H. der Beitragseinnahmen. Für die Verwaltungskosten wurden 10 v. H. der Beiträge verwendet.

Das Vermögen stieg Ende 1932 mit 4,6 Milliarden RM zu Buch. Bei den einzelnen Zweigen war die Entwicklung

verschieden. Das Vermögen der Invalidenversicherung nahm ab, dasjenige der Angestelltenversicherung zu, so daß es Ende 1932 neun Zehntel des Gesamtvermögens der Sozialversicherung umfaßte.

Einen Einnahmeüberschuß hatten im Jahre 1932 nur die Kranken- und Angestelltenversicherung aufzuweisen.

Reform des Jagdgesetzes

Weitreichende Neuregelung in Preußen.

Berlin, 23. Januar.

Die preussische Regierung beabsichtigt ein neues Jagdgesetz, das in umfassender Weise das Jagdrecht, die Jagdorganisation, die Jagdbetriebe, die Pachtung, den Jagdschein, den Jagdschutz, die Schonzeiten, den Wildschaden und die Strafbestimmungen neu regelt.

Das neue preussische Jagdgesetz geht von dem Grundsatz aus, daß die Jäger die Treuhänder sind, welche die frei lebende Tierwelt für die Allgemeinheit des Volkes schützen und erhalten müssen. Weitgehende verschärfte Bestimmungen sorgen für den Schutz aller selten gewordenen Tierarten, z. B. der Elche, Biber, Ufer, Uhus und unserer schönen Tag- und Nacht-Raubvögel. Alles, was nicht zum Begriff des edlen Wildes paßt, ist durch das Gesetz ausgemerzt, z. B. das Tollereisen.

Den berechtigten Forderungen der Landeskultur ist dadurch Rechnung getragen, daß der Abschluß des stärkeren Wildes in jedem Revier zahlenmäßig festgelegt wird, so daß eine übermäßige Verwundung der Wildarten und dadurch verstärkter Wildschaden nicht eintreten kann. Ebenso wenig können aber durch einzelne Jäger aus freiem Materialismus einzelne Wildarten gegenwärtig durch übermäßigen Abschluß vernichtet werden. Das Ziel des Gesetzes ist, unserem Volk die frei lebende Tierwelt, die lebende Seele der Heimat, in nicht zu zahlreichen, aber gefunden und kräftigen Stücken aller Art zu erhalten.

Die Jäger selbst sind in einer 1933 gegründeten Fachschaft zusammengeschlossen. Jeder Inhaber eines Jahresjagdscheines muß Mitglied dieser Fachschaft werden, die ihre eigene Ehrengleichart erhält. Geführt wird die Fachschaft durch den Landesjägermeister, dem Provinz- und Kreisjägermeister unterstellt sind. Nur der wird Mitglied der Fachschaft bleiben können, der weidgerecht jagt, wie es sich für einen deutschen Jäger ziemt. So wird durch das Gesetz erreicht werden, daß unser Wild, ohne das der deutsche Wald nicht denkbar ist, auch unseren Nachkommen erhalten bleibt, behütet von einer ihm Wertes, ihrer Aufgabe und ihrer Ehre bewußten Jägerschaft. Sie wird geführt von dem preussischen Ministerpräsidenten.

Naturschutzgebiete — Hege seltener Tiere

Das neue preussische Jagdgesetz zählt eingangs die jagdbaren Tiere auf. Eine Trennung des Jagdrechtes vom Grund und Boden kann als dingliches Recht nicht stattfinden. Bei Grundstücken, an denen ein Nießbrauch oder ein erbliches oder zeitlich nicht begrenztes Nutzungsrecht besteht, steht das Jagdrecht dem Nutzungsberechtigten zu. Dem Jagdscheineintrag ist u. a. die Mitgliedschaft des Verbandes der preussischen Jäger oder eine Beiseignung, aus der hervorgeht, daß dem Eintritt in diesen nicht im Wege steht, beizufügen. Das Gesetz enthält ferner umfangreiche Vorschriften über die Jagd- und Schonzeiten und die Einrichtung von Schutzgebieten. Zur Erhaltung und Hege des Wildes ist in der Provinz Ostpreußen ein Schutzgebiet gebildet. Ferner steht das Gesetz im Gebiet der Nordsee, so weit sie an die schleswig-holsteinische Küste angrenzt, eine Reihe von Schutzgebieten zur Erhaltung der Robben vor. Die weiteren Abschnitte regeln u. a. den Jagdschutz, umkreisen die verbotenen Jagdarten und sehen Vorschriften für den Wildhandel vor. Der vorletzte Abschnitt sieht die Einrichtung eines ehrengerichtlichen Verfahrens vor. Dabei wird grundsätzlich festgelegt, daß die Jägerschaft sich selbst von Personen rein zu halten hat, die den Grundgedanken dieses Gesetzes und den Grundgedanken deutscher Weidgerechtigkeit verständnislos gegenüberstehen.

Zu diesem Zweck wird bei jedem Provinzjägermeister ein Ehrengericht eingesetzt. Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gefassten Jahresjagdscheine behalten ihre Gültigkeit bis zum Ablauf, jedoch nicht über den 31. März 1934.

Zu dem Jagdgesetz gab Ministerpräsident Brüning vor der Presse längere Erklärungen ab, um missverständliche Auffassungen, die etwa entstehen könnten, zu beseitigen.

Der Ministerpräsident teilte weiter mit, daß in Deutschland einige wenige, aber große Naturschutzgebiete geschaffen werden sollten, die gleichzeitige große Wildparks darstellen. Es handele sich dabei um ganz gewaltige Komplexen bis zu 150 000 Morgen Größe mit vollkommen freien Wildbahnen.

Zu solchen Schutzgebieten sollten erklärt werden: die Schorfheide, der Darß in Pommern, die Romintiner Heide in Ostpreußen und das arische Elbschloß bei Tilsit. Belen-

ders solle die Arbeit zunächst der Schorheide gelten. Hier solle versucht werden, alle Wildarten, die einst in märkischen Wäldern vorhanden waren, anzubauen und zwar nicht nur in wenigen Exemplaren, sondern in einem Umfang, daß eine gesunde Zugrundelegung vorhanden sei, um in wenigen Jahren zu einem ansehnlichen Wildbestand zu kommen. In der Schorheide sollten u. a. der märkische Edel- und Kronhirsch aufgezichtet werden. Hier in der Schorheide solle auch das Wilken eine Heimat erhalten, ein Wild, das noch viel mächtiger als der Urkeiser und der amerikanische Büffel sei.

Ministerpräsident Göring gab bekannt, daß er die wenigen reinklassischen Wilken, deren er habhaft werden konnte, aufgezogen habe in einer Zahl, die die Hoffnung zulasse, bei einigermaßen günstiger Fortentwicklung einen Wildbestand von etwa 50 Exemplaren in 10 bis 30 Jahren zu erhalten.

Der Eich wurde ebenfalls schon in diesem Jahre in die Schorheide gebracht. Aus dem Elchgebiet in Ostpreußen wurden hiesige Elche hierhergebracht, daß eine ausreichende Zugrundelegung vorhanden sei. Ferner sollten in der Schorheide das Muffelwild, das wilde Schaf, angehebelt werden, außerdem der Biber, der Fisch- und der Seeadler. Der Dachs in Vorpommern und die anderen Gebiete würden in ähnlichem Sinne ausgebaut werden. Es sollten große Refektorie geschaffen werden, auf die immer wieder, wenn die Wildbestände gelichtet worden seien, zurückgegriffen werden könne.

Gleiches Recht

Der angebliche Inhalt der deutschen Note.

London, 23. Januar.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ glaubt über den Inhalt der deutschen Antwort u. a. sagen zu können: die deutsche Antwort scheint zwar nicht unverbündlich zu sein, aber sie habe in amtlichen Kreisen ein Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Ihr Ton sei verständlich und verständlich, aber ihr praktischer Inhalt zeige wenig Fortschritt gegenüber der Lage vom 14. Oktober. Die Reichsregierung wünschne Fortsetzung direkter Verhandlungen. Obwohl sie zugebe, daß endgültige Entscheidungen nicht ohne allgemeine Erörterung getroffen werden könnten, zeige sie doch keinerlei Bereitschaft, zum Völkerverbund in seiner jetzigen Gestalt zurückzukehren.

Die Forderung nach sofortiger und praktischer Gleichheit werde aufrechterhalten.

Nur über die Wege zu ihrer Verwirklichung scheine die Reichsregierung bereit zu verhandeln. Die Fragen der Sicherheit und der Bürgschaften würden nicht im einzelnen erörtert. Der Gedanke eines Nichtangriffsvertrages werde nicht als dringend betrachtet. Die französische Denkschrift habe betont, daß Gleichheit nicht durch Aufrüstung, sondern durch Aufklärung erreicht werden müsse. In diesem Punkte scheine die Reichsregierung weniger nachgiebig zu sein als zuvor. Während die französische Regierung nach wie vor zugebe, daß Deutschland eine größere Menge an Kriegsmaterial haben müsse, die der in Aussicht genommenen Verstärkung der deutschen Mannschafzahl entspreche, argumentiere die Reichsregierung jetzt, daß die deutsche Sicherheit nicht nur eine unverhältnismäßige Vermehrung der deutschen Rüstungen sondern auch eine Besserung der Beschaffenheit der Waffen durch Hinzufügung von Verteidigungswaffen wie leichter Tanks und Geschützen, die Deutschland gegenwärtig verlagte seien, brauche.

Die Forderung nach 300 000 Mann werde aufrechterhalten. Die Aufrüstung zu Verteidigungszwecken soll der der französischen Armee gleich sein.

Bzüglich der SS- und SA-Verweise die deutsche Regierung, daß diese nicht als Soldaten betrachtet werden könnten. Sie lehne es nicht ab, sie einer Begrenzung und Kontrolle zu unterwerfen, falls ähnliche Organisationen in anderen Ländern ebenso behandelt würden. In der Frage der internationalen Kontrolle soll die deutsche Regierung die Einwendung erheben, daß diese Maßnahme nur für Frankreich von Vorteil sein könne und deshalb eine Zurückweisung Deutschlands bedeuten würde. Die französische Denkschrift habe nicht zwei Abschnitte von 4 Jahren, sondern nur eine erste und eine zweite Periode erwähnt.

Der Gedanke einer Uebergangs- oder Probezeit stoße auf energischen Widerstand der deutschen Regierung, da dies auch eine Zurückweisung Deutschlands bedeuten würde.

zumal die Sicherheit Deutschlands während der Zwischenzeit vor Herstellung praktischer Gleichheit bedroht bleiben würde. Auf das französische Angebot, die französische Luftmacht um 50 v. H. zu vermindern, erwiderte Deutschland, daß es dann immer noch in einem Zustand hoffnungsloser Unterlegenheit bleiben würde. Für diesen Vorschlag könne es sich nur interessieren, wenn es die Möglichkeit habe, eine Luftmacht von gleicher Stärke wie die französische zu erwerben. In der Frage der Abschaffung der Bombenflugzeuge und der internationalen Kontrolle der Zivilflugschiffe soll die deutsche Antwort etwas unsicher sein, aber den Grundgedanken künftigen Erwägung annehmen.

Paris prüft deutsche Antwort

Der französische Ministerrat hat, wie amlich mitgeteilt wird, einen Bericht des Ministerpräsidenten Chaulmays und des Außenministers Paul-Boncour über die deutsche Antwort angelegt. Die deutsche Antwort ist dem Minister für Landesverteidigung zugewiesen worden. Im nächsten Ministerrat wird sie erneut behandelt werden. Der Außenminister gab dem Ministerrat sodann einen Bericht über die Verhandlungen in Genf und über die im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet vorgesehenen Maßnahmen.

Selbstmord der Basler Räuber

Basel, 23. Januar. Die beiden Bankräuber und Mörder haben im St. Margarethen-Park Selbstmord begangen. Es war eine Spur der Flüchtlinge gefunden worden, die nach dem Margarethen-Park führte. Um Mitternacht war der Park von einem großen Polizeiaufgebot umstellt. Als die beiden Räuber feststellten, daß an ein Entweichen nicht mehr zu denken sei, richteten sie die Waffe gegen sich.

Von der Stuttgarter Kriminalpolizei soll dem Chef des Kriminalkommissariats in Basel mitgeteilt worden sein, daß es sich bei den beiden Verbrechern um die Söhne rechtschaffener Eltern in Wuppertal handle. Beide hätten die väterliche Wohnung im November verlassen. Die Leichen würden auf Verlangen der deutschen Kriminalpolizei nach Deutschland gebracht werden.

Die Polizei ist durch ein junges Mädchen auf die Spur aufmerksam gemacht worden, mit dem die Räuber während ihres Basler Aufenthaltes bekannt geworden waren. Das Mädchen erhielt einen telefonischen Anruf, wonach es Nahrungsmittel in den Margarethenpark bringen sollte. Es schloß sich bereit, die Nahrungsmittel in den Park zu bringen, um bei dieser Gelegenheit festzustellen, ob es sich tatsächlich um die Leichen handle. Daraufhin wurde der Park von sämtlichen in Basel verfügbaren Mannschaften umstellt. Nachts hörte die Polizei neun Schüsse fallen. Frühmorgens kurz vor acht Uhr drangen die Polizeibeamten vorfindig in den Park ein und fanden die Leichen der beiden Mörder. Bei dem einen der beiden Toten fand man noch acht, bei dem anderen sechs Patronen.

Die beiden jugendlichen Räuber haben insgesamt sieben Todesopfer auf dem Gewissen.

Nachdem die beiden Banditen auf geflohenen Fahrrädern aus Basel geflohen waren, hatte man in Klein-Basel ihre Spur verloren. Sämtliche verfügbaren Polizeikräfte wurden alarmiert und sämtliche Grenzübergänge verriegelt. Zahlreiche private Kraftwagenbesitzer stellten ihre Wagen der Polizei zur Verfügung. Am Sonnabendnachmittag um 3 Uhr wurden die flüchtenden im Schweizer Jura gefaßt, doch gelang es ihnen, in der Dunkelheit wieder zu entkommen.

Bei der Verfolgung wurde ein junger Bursche versehentlich von Polizeibeamten erschossen.

Am Sonntag wurden Flieger, Polizeihunde und Motorräder eingesetzt, doch war es bis zum Abend nicht möglich, eine Spur der Verbrecher zu finden.

Treuegelöbnis der Saarpresse

Der Verein der Saarpresse an den Reichsfanzler.

Saarbrücken, 23. Januar.

Der Verein der Saarpresse hat folgendes Telegramm an den Reichsfanzler Adolf Hitler abgeandt:

„Die im Verein Saarpresse vereinigten deutschen Schriftleiter fühlen sich am Tage ihrer diesjährigen Hauptversammlung, der fehlen vor der Volksabstimmung, verpflichtet, Ihnen, Ihre verehrte Herr Reichsfanzler, zu versichern, daß sie auch weiterhin fest entschlossen sind, in unverrückbarer

Treue zu Ihnen und dem geklärten deutschen Volk den Kampf um die Rückkehr unserer Saarheimat zum Reich zu führen.

Wir betrachten es als Ehre und höchste Pflicht, uns diesem Kampf für die Wahrung und Verteidigung des deutschen Volkstums und die hohen politischen und kulturellen Interessen, deren lauterer Mittler Sie, Herr Reichsfanzler, auch den Volksgenossen an der Saar sind.

Bereit der Saarpresse. (gez.) Dr. König-

Anschlag auf D-Zug Wien—Agram

Höllensmaschine unter dem Wagen. — Drei Todesopfer.

Belgrad, 23. Januar.

Auf den Schnellzug Wien—Agram wurde am Montag dem Eröffnungstage der Agramer Konferenz der kleinen Entente, frühmorgens zwischen den Stationen Rann und Surfeld ein Bombenanschlag verübt, der verheerende Mißschat explodierte eine höllensmaschine. Der Wagen geriet in Brand und wurde vollständig vernichtet. Auch der D-Zug wurde getroffen. Ein D-Zug wurde hart beschädigt. In dem Wagen befanden sich vier Reisende. 2 starben, denen drei in den Flammen den Tod fanden, während ein vierte schwerverletzt ins Krankenhaus nach Rann gebracht wurde.

Der Schwerverletzte ist der Wiener Arzt Dr. Johann Frisch. Die drei verstorbenen Leichen wurden aus den Trümmern des verbrannten Wagens geborgen. Nachdem sie vernichtet und der Schlafwagen abgepöppelt waren, konnte der Zug mit großer Verspätung die Fahrt nach Agram fortsetzen. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Der rumänische Außenminister Titulescu und der slowakische Minister des Inneren, J. Vencel, die im Agram eingetroffen. Sie wurden von dem jugoslawischen Außenminister Jevtić empfangen.

Rüdenbücher?

Wegen des Stavisky-Standals gemahregelt.

Paris, 23. Januar.

Der französische Ministerpräsident gab dem Kabinett einen Ueberblick über die Untersuchungen, die im Zusammenhang mit der Stavisky-Angelegenheit geführt worden sind, und über die getroffenen Maßnahmen.

Im Anschluß an den Ministerrat wurden nachstehende Maßnahmen veröffentlicht, die vom Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit der Stavisky-Angelegenheit getroffen worden sind: Der Polizeikommissar Bonard und der Polizeinspektor Bong sind vom Dienst suspendiert worden, bis der Fall vor dem Disziplinargericht erledigt ist. Der Kommissar der Gemeindepolizei von Bayonne, Albert, ist abgelehnt. Schriftliche Aufklärungen über gewisse Fälle, die die Untersuchung zutage gefördert hat, sind angefordert worden von einem Polizeikommissar und von einem Kommissar der Gerichtspolizei der Präfektur. Ein Kommissar von der Kontrollstelle für gerichtliche Untersuchungen, Jennet, ist zur Disposition gestellt worden. Außerdem ist der Generalinspektor für gerichtliche Untersuchungen bei der Sureté Generale zur Disposition gestellt worden, da die Gerichtspolizei vereinfacht werden soll. Der Direktor der Gerichtspolizei der Präfektur, Guichard, der das pensionspflichtige Alter erreicht hat, hat um Pensionierung nachgehakt.

Neue Maßnahmen in Oesterreich?

Große Worte des Bundeskanzlers.

Wien, 23. Januar.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß hielt am Freitagabend eine Rede vor dem Bundesrat, in der er dem Nationalsozialismus nachdrücklichst den Kampf ansetzte. Die bisherige Gestalt der Regierung sei von gewisser Seite als Schwäche ausgelegt worden. Die heutige Regierung werde während: „Bis hierher und nicht weiter! Mit unserer Gestalt ist es zu Ende!“ Die Regierung habe die Pflicht, die treuen Bürger zu schützen und werde nunmehr „mit aller Strenge“ gegen die vorgehen, die den Frieden und die Freiheit des Landes gefährdeten.



(5. Fortsetzung.)

Ritmänen wird allmählich langsamer, Scholz dagegen schneller. Meter um Meter rückt er auf. Die Mädchen klatschen begeistert in die Hände, das ausverkaufte Stadion erbraut von den Beifallsrufen der Massen, die schier ein Fieber erfaßt hat. Scholz ist nach 500 Metern nur noch zehn Meter hinter dem führenden Ritmänen, er überholt dessen Landsmann Martinen und schießt sich unaufhaltsam heran. Der Ginne erkennt aus dem lauten, aufgeregten Schreien der Zuschauer, daß Gefahr im Verzuge ist. Er geht in die Kurve.

Und in der Kurve spürt Scholz plötzlich an dem Ginne vorbei. Mit einem plötzlichen Ruck ist er vier Meter voraus. Stürmischer Beifall.

Die letzten hundert Meter. Ritmänen legt Dampf auf, aber Harry Scholz läuft in Front das Rennen seines Lebens.

Jeder Nerv ist gespannt, seine Füße berühren kaum mehr den Boden.

Wie ein Ball federt er vorwärts. Das Publikum schreit, rast.

Die jungen Mädchen sind außer sich, sie haben sich von den Plänen erhoben und rufen unaufhörlich: „Scholz! Scholz! Scholz!“

Ritmänen liegt nun auf gleicher Höhe mit Scholz. Wird er ihn überholen?

Nein... vierzig Meter vor dem Ziel klappt der Ginne plötzlich zusammen, er hat sich durch das scharfe Tempo übernommen.

Scholz zieht unter dem ohrenbetäubenden Jubel der Zuschauer mit 10 Meter Vorsprung als Sieger durchs Ziel.

Der Deutsche Harry Scholz hat den Weltrekordinhaber Ritmänen in der leichtesten Manier geschlagen. Händeschütteln, Glückwünsche, Umarmungen. Alles ist begeistert.

Am meisten aber freuen sich wohl Scholz' Schillerinnen, die dem Lehrer mit strahlendem Gesicht zuwinken.

„Siehst du!“ ruft die kleine Maiwald der Rosmarie zu. „Er hat doch den Ritmänen besiegt! War das herrlich! Er ist ein Held!“

„Fall' ihm doch um den Hals!“ neckt Rosmarie. „Das müßt' ich gern tun!“ gesteht das Mädchen offen.

„Aber ich denke, er würde mich auslachen.“

„Du, das ist nicht einmal so sicher! Bist doch eine gute Partiel! Vielleicht wäre er stolz, eine Maiwald zur Frau zu bekommen.“

„Du redest dummes Zeug!“

„Stimmt! Es geht doch nicht, du bist eine von Maiwald. Alter Abel, da kannst du keinen Vierzehnjährigen heiraten. Ja, wenn er wenigstens enorm reich wäre... aber!“

„Du bist herzlos!“ empört sich das Mädchen. „Wenn zwei sich lieben, dann fragen sie nicht nach Rang und Geld.“

„Was was für einem Roman hast du denn das?“

Die kleine Maiwald sieht traurig auf die Spötlerin. „Du tust mir weh, wenn du so sprichst. Bist du auch so stolz auf den ererbten Adel, der doch nicht dein Verdienst ist?“

„Das ist gleichgültig!“ entgegnet Rosmarie hochmütig und reißt sich. „Ich bin eben eine von Ratt und muß mich darnach richten!“

Am andern Morgen war Frau von Wetter die erste, die Harry Scholz zu seinem Siege und seinem Geburtstag gratulierte.

„Aber, gnädige Frau... woher wissen Sie, daß ich heute Geburtstag habe?“ staunte Harry etwas verlegen.

„Aus Ihren Personalien!“

„Und... die jungen Damen haben es am Ende auch erfahren!“

„Ja, allerdings, aber... tun Sie recht überredet, wenn Sie ihnen gratulieren, die sind ja so glücklich darüber, daß sie Ihren Geburtstag erfahren haben.“

„Ich bin überredet und werde daran denken“, versprach Harry Scholz.

Als er ins Unterrichtszimmer trat, und die Glocke im Chor laut sagte: „Wir gratulieren unserem Lehrer herzlich zu seinem dreißigsten Geburtstag!“, da spielte er den Ueberredeten so natürlich, daß die Klassen triumphtierte.

Dann brachten sie ihm eine fabelhafte Sekstauschasse. Kopfshütteln bekamte er sie.

„Aber, meine Damen, das habe ich doch nicht verdient, daß Sie sich in solche Unkosten für mich stürzen!“

Er empfand eine ehrlche Freude, bewunderte jedes Stünd nach Gebühr und sagte dann: „Also, meine Damen, vielen herzlichen Dank! Sie haben mir wirklich eine große Ueberraschung und Freude bereitet. In Anbetracht dessen, daß Sie Millionärstochter sind, nehme ich das wertvolle Geschenk gern an. Aber ich bitte Sie, heute am Nachmittag mit mir gemeinsam eine Autopartie zu unternehmen, die uns an den Wannsee führen soll.“

„Baden?“ rief die Klasse vergnügt.

„Nein, baden nicht! Wir wollen einmal in die schöne Natur hinaus und am Wannsee Luftwandeln, vielleicht ein Stück mit dem Motorboot fahren. Das Baden haben wir uns für ein anderes Mal. Einwerthenen!“

Natürlich war man es und jubelte in Vorfreude auf den freien Nachmittag.

„Eine fabelhafte Idee, die ich von meinen Sportkameraden bekommen habe, nehmen wir mit und werden sie gemeinsam. Es soll ein recht fröhlicher Tag werden!“

Das war an diesem Morgen kein Unterricht. Harry war mit ihren Gedanken schon am Wannsee.

Frau von Wetter gab ihr Einverständnis zum Ausflug, sie war sogar bereit, mitzukommen, eben ein Fräulein von Bessel, die ganz vergnügliche Augen machte.

Nur Oberlehrer Barthel lehnte eifrig ab.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Spangenberg den 23. Januar 1934.

Sich gegenseitig kennen lernen

Wissen Sie, wie eine Orgel gebaut wird? Haben Sie schon einmal einen Blick in die Werkstatt eines Geigenbauers geworfen? Wären Sie gern sehen, wie ein Zollerherz angefertigt wird? Das sind doch alles sehr interessante Dinge, von denen wir alle leider wenig wissen. Und dabei hat uns unser Führer Adolf Hitler doch in seiner großen Rede auf dem Tempelhofer Feld ermahnt, uns gegenseitig in unserer Arbeit kennen zu lernen. Wahre Volksgemeinschaft ist nur möglich, wenn einer den anderen kennt. Achtung ist nur möglich, wenn jeder seine Leistung hat. Wissen ist nur möglich, wenn einer den anderen kennt. Achtung ist nur möglich, wenn jeder seine Leistung hat. Wissen ist nur möglich, wenn einer den anderen kennt. Achtung ist nur möglich, wenn jeder seine Leistung hat.

80 Geburtstag. Am Mittwoch, den 24. Januar begeht die Witwe des Schreinermeisters Johannes Schmidt ihren 80. Geburtstag. Den vielen Glückwünschen, die das Geburtstagskind an seinem Ehrentage erhält, schließen auch wir uns an.

Wochenend-Schulungsstagnung. Die Ortsgruppe Spangenberg der NSDAP. veranstaltet am kommenden Sonntag und Montag eine Wochenend-Schulungsstagnung. Nach dem Willen des Führers, müssen die Grundgedanken des Nationalsozialismus allen Partei- und Volksgenossen so in Herz und Sinn eingeprägt werden, daß sie ganz in ihren Leben und die Richtschnur für alle bilden. Um das zu erreichen und die bereits begonnene Schulung fortzuführen ist diese Schulungsstagnung eingerichtet worden. Sie beginnt am Sonntag um 18.30 (1/2 Uhr). Die Sonntagsvorträge beginnen um 11 Uhr Vorm. Alle Volksgenossen, auch die noch nicht der Partei angehören, können an der Veranstaltung teilnehmen. Die Sonntagabendtagung befaßt sich mit bedürftigkeitspolitischen und erbiologischen Problemen, über die Schulrat Blume und Universitätsprofessor Dr. Wannenriel sprechen. Der Sonntagvormittag bringt ein Zwiegespräch zwischen einem Juristen und einem Bauern über die wichtige Frage des Erbgesetzes. Der Nachmittag ist ausgefüllt mit Vorträgen über deutsches und undeutsches Wesen.

Hilferjugend. Die Hilferjugend begeht am kommenden Mittwoch eine Verberb Morbus-Gebehter. Um 7.45 Uhr marschieren die HJ auf den Bromberg, auf dem schon zu Ehren einer Feuer unserer gefallenen Kameraden brennen wird. Die Gebetfeier findet im ganzen Reich statt.

Reichsgründungsfeier. Zur Erinnerung der Reichsgründung am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles, hatte der Regerverein Spangenberg zu einer Reichsgründungsfeier im Feinsinn Saale eingeladen. Nach einigen Armeeermärschen und einem Verspruch, verlas der Reichsführer Erhard Wegener und gesprochen von seinem Kameraden Wohlmann, begrüßte Vereinsführer Georg Appel die Erschienenen und erteilte dem stellv. Reichsgründungsverbandsführer Rechtsanwalt Stollte-Melungen das Wort zu einer Ansprache über die Bedeutung des Reichsgründungstages. Der Redner gedachte der Zeit des deutschen Aufstieges und des Verfalles des Reiches nach dem Weltkrieg und führte die Einigung aller deutschen Länder durch unseren Führer Adolf Hitler in treffenden Worten aus. Man gedachte der Kämpfer, die im Kampf für das neue Reich ihr Leben opferten und derer, die im Weltkrieg ihr Vaterland verteidigten und ihr Leben lassen mußten. Rechtsanwalt Stollte-Melungen zum Schluß alle Anwesenden im Geiste der Volksgemeinschaft, die unser Führer Adolf Hitler innerhalb seiner kurzen Tätigkeit als Reichsführer herstellte, weiterzuführen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Sodann hing das mit großer Spannung erwartete Drama „Die andere Seite“. Das Stück führt uns in den englischen Graben kurz vor Beginn der deutschen Offensive am 21. März 1918. Bei den alten selbigen Kameraden wurden dadurch wieder Erinnerungen wach an jene große Zeit wo sie ihr Leben für ihr Vaterland gaben. Und unsere Mütter, Brüder und Schwestern konnten sich ein Bild von dem Leben, Leiden und Sterben ihrer Lieben im Feindesland machen. Es war kein Theater, was man hier sah. Man fühlte sich verlegt in die reine Wirklichkeit und dies war nur möglich, weil sich jeder einzelne Spieler so vortrefflich in seine Rolle verteilte hatte, ja weil es für ihn selbst ein Mitleben war. Es wäre für die anderen zurücklegend, wollte man einen einzelnen Spieler besonders hervorheben. Sie alle spielten ihre Rolle, wie sie von Laienspielern nicht besser erwartet werden kann. Es ist überhaupt kaum denkbar, wie es der Spielleitung und den Spielern möglich war, nach der kurzen Übung von nur 14 Tagen mit solchen Leistungen vor die Öffentlichkeit zu treten. Besonders zu erwähnen ist noch, daß sich von der Fortschritt mehr als 10 Schüler bereitwillig in den Dienst des Regervereins stellten und sie dadurch die Aufführung ermöglichten. Allen herzlichsten Dank.

Jahreshauptversammlungen. Am vergangenen Sonntagabend hielt der Turnverein „Großer Wirt“ seine Jahreshauptversammlung ab. Der Vereinsführer August Siebert hielt zu Beginn der Versammlung einen Rückblick

auf das verfloßene Jahr. Mit Freude stellte er fest, daß man das beste als das größte Jahr der vergangenen Zeit ansprechen kann. Es hat sich eine Wandlung im deutschen Vaterlande vollzogen, und freudigen Herzens habe sich die deutsche Turnerschaft hinter den Führer Adolf Hitler gestellt. Der Verein selbst könne mit Verriedlung auf das Jahr 1933 zurückblicken. Nach einem im Frühjahr mit autem Erfolg veranstalteten Werbeabend wurde das 70 jährige Bestehen in würdevollem Rahmen gefeiert. Den Höhepunkt im Turnerkleben aber bildete das große Deutsche Turnfest in Stuttgart, an dem sich der Verein ebenfalls stark beteiligte. Dieses Fest sei nie ein Fest gefeiert worden. Es habe die größte Bedeutung durch die Teilnahme des Führers Adolf Hitlers erhalten. Seine Wagnung an die Jugend, einzutreten für die Turnerschaft und das Vaterland müsse sich verankern und Erfolge bringen. Mit neuem Mut soll es an die Arbeit gehen. Jeder müsse für die Turnerschaft kämpfen und dieselbe stärken. Der Vereinsführer dankt den treuen Turnern und bittet, ein Vorbild zu bleiben. Zum Bedauern der Mitglieder gab jedoch der Vereinsführer eine Erklärung ab, daß es ihm wegen Arbeitsüberlastung nicht mehr möglich sei, die Interessen des Vereins so zu vertreten wie es erforderlich sei. Er bat die Führung dem eifrigen Turner G. P. Meiner zu übertragen. Unter Anerkennung der hohen Verdienste des alten Vereinsführers erklärte sich die Verammlung mit dem Vorschlag einverstanden. Der neue Vereinsführer bat die alten Mitglieder weiterhin dem Verein die Treue zu halten, von der jüngeren Generation verlangte er eiserne Pflückfüllung und größten Fleiß.

Der Gesangsverein „Liedertafel“ hatte für gestern Abend zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Für ihn war ebenfalls diese Verammlung von größter Bedeutung, waren es doch 25 Jahre, daß der Vereinsführer Georg Schmauch in vorbildlicher Weise den Verein geführt hat. In der letzten Verammlung hat der Verein Sangesbrüder Schmauch wiederum als Vereinsführer vorgeschlagen. Es war wohl jedem Sänger klar, daß die Verfassung durch die Kreisleitung nicht lange auf sich warten ließ. Die Verfassung liegt nun vor und Vereinsführer Schmauch gelobte auch weiterhin seine Einigkeit für den Verein. Selbstverständlich verlangte er von den Mitgliedern Treue für den Verein, Treue dem Deutschen Vaterland und dem Deutschen Vaterlande. Er betraf jedoch den bewährten Kassenswart Konr. Bösch wieder zum Kassenswart und Sangesbrüder Pflück wieder zum Schriftführer. So ist wohl die Garantie für eine gute Vereinsführung gegeben und so darf man auch erwarten, daß der Verein seine hohe Aufgabe, die ihm als Kulturträger des Vaterlandes gestellt ist, in jeder Weise erfüllt.

Von der Fortschrittschule. Am Donnerstag, den 18. 1. wurde in der Fortschrittschule durch eine Feier der Gründung des 2. Reichs am 18. 1. 1871 gedacht. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Marsch der Kapelle. Anschließend sprach Fortschrittschule Krause über die Bedeutung des Tages, er wies darauf hin, daß wir heute wieder am 18. 1. den Geburtstag des 2. Reiches feiern können, ohne in Konflikt zu geraten mit irgend welchem Paragrafen des Republikstagesgesetzes. Die Nachhabe in Deutschland des November 1918 waren aus begründeten Gründen befreit, im Deutschen Volk den 18. 1. 1871 in Vergessenheit geraten zu lassen. Dieser Tag brachte dem Deutschen Volk die staatliche Einheit. Sie ist Bismarck zu danken. Dem 2. Reich war nur eine kurze Dauer beschieden. Es brach im November 1918 zusammen, weil das Kaiser-Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, seine Gültigkeit verloren hatte. In wenigen Tagen können wir den Geburtstag des 3. Reiches feiern. Es ist geschaffen worden durch unseren Führer Adolf Hitler, der das Deutsche Volk wieder in sich geeint hat. Nach einem Teil auf unser Deutsches Vaterland, unseren Führer Adolf Hitler und unseren Reichspräsidenten von Hindenburg beendete der gemeinsame Gesang des Deutschland- und Fortschritts-Liedes die Feier.

RD. Immer noch große Gewinnmöglichkeiten. Bei Beginn der Lotterie des Vaterlandswertes ist eine irreführende Notiz durch die Presse gegangen. Darin hieß es, daß nur drei Hauptgewinne ausgelieft werden. Das ist falsch. Die Lotterie wird in 30 Serien gespielt. Auf jede Serie entfallen: ein Hauptgewinn zu 5000 RM, zwei Hauptgewinne zu 1000 RM, zehn Gewinne zu 500 RM, 51 Gewinne zu 100 RM. Ferner werden in jeder Serie noch zahlreiche kleinere Gewinne ausgelieft. Endlich wird eine Prämie von 5000 RM für jede der 30 Serien ausgelieft. Es braucht sich also niemand enttäuscht zu fühlen, wenn gemeldet wird, daß Hauptgewinne gezogen worden sind. Jede der 30 Serien umfasst bekanntlich eine Million Lose; in jeder Serie sind 150.000 Gewinne und eine Prämie enthalten. Es lohnt sich also immer noch, 50 Pf. für die Möglichkeit eines Gewinnes aufzuwenden.

Chorwesen und Volksmusik. Zur Erlangung ihrer Mitgliedschaft bei der Reichsmusikkommission haben sich in den Reichsverband für Chorwesen und Volksmusik, Fachgruppe I Chorwesen, bis jetzt eingegliedert: Der Deutsche Sängerbund, der Reichsverband der gemischten Chöre Deutschlands, der Bund der Lobpreis-Chöre im Osten, die Hamburger Sängerkirche und die Vereinigung der Regener Chöre. Wie RD. meldet, ist für die freien Chöre als letzter Anmelde-termin der 15. Februar festgesetzt.

Allerlei Neuigkeiten

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte Geburtstag. Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht beging am Montag seinen 57. Geburtstag. Dr. Schacht ist es vor allem zu danken, daß im Jahre 1923 der Inflation ein Ende bereitet und mit der Rentenmark wieder eine stabile deutsche Währung geschaffen wurde. Von 1924 bis 1930 leitete Dr. Schacht die Reichsbank und machte damals in einer Zeit der höchsten Verschuldung Deutschlands gegen die leistungsfähige Kreditaufnahme Front. Die Erkenntnis der Unannehmbarkeit des Youngplans hatte damals seinen Rücktritt zur Folge. Am 16. März 1933 wurde er als Nachfolger Dr. Luthers wieder Reichsbankpräsident.

SS-Mann tödlich verunglückt. Auf der Fahrt von Kiel nach Vitzburch verunglückte der 21jährige SS-Mann Hermann Jungnickel aus Kiel mit dem Motorrad tödlich.

Straßenbahnunfall in Wiesbaden. An einem vom Wiesbadener Vorort Dohheim nach der Stadt fahrenden Straßenbahnzug löste sich die Kuppelung zwischen dem Motortwagen und den beiden Anhängern. Der Motortwagen fuhr zunächst allein weiter. Als er aber zum Halten gebracht war, rannte die auf der abführenden Straße nachrollenden Wagen auf den Motortwagen auf. Von den Personen, die durch den Zusammenstoß Verletzungen erlitten, mußten sechs ins Krankenhaus gebracht werden.

Schwerer Lastwagenunfall. Ein mit mehreren SA-Männern besetztes Lastauto stürzte bei Mainz auf der hechtsheimer Landstraße beim Wymen einer Kurve um. Der SA-Mann Fack wurde getötet, fünf weitere Teilnehmer, schwer verletzte SA-Männer, wurden ins Krankenhaus gebracht.

Ein schweres Verkehrsunfall ereignete sich auf der Landstraße zwischen Sorö und Ringfied auf der Insel Seeland. Ein Personenvan stieß mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lastkraftwagen heftig zusammen. Das aus dem Betriebsstoffbehälter einströmende Benzin entzündete sich, und im Nu stand der Personenvan und der vordere Teil des Lastwagens in Flammen. Der Führer des Personenvans konnte nur als verholte Leiche geborgen werden. Sein Mitfahrer erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Die beiden Insassen des Lastkraftwagens wurden ebenfalls schwer verletzt.

16 Juden wegen Geldfälschung verurteilt. Das Strafgericht in Warschau hat in einem Prozeß gegen 16 Juden, die wegen Geldfälschung angeklagt waren, das Urteil gefällt. Die beiden Hauptangeklagten wurden zu je vier Jahren, die neun übrigen Angeklagten zu insgesamt 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

Großfeuer in einer chemischen Fabrik. Nachts ist in Lyon in einer chemischen Fabrik ein Großfeuer ausgebrochen, dem mehrere Gebäude zum Opfer gefallen sind. Die Feuerwehr mußte viele Stunden arbeiten, um den Brand niederzukämpfen, der für die Umgebung wegen der Explosion der Benzintanks, die nacheinander in die Luft flogen, sehr gefährlich war. Nach mehrstündiger mühevoller Arbeit gelang es den Feuerwehren, den Brand in den Morgenstunden zu löschen. Der Schaden soll sich auf mehrere Millionen Franken belaufen.

Hitler-Jugend

Mittwoch Abend 7.45 Uhr Auftreten (Burgf.).

Wochenend-Schulungsstagnung
am 27. 28. 1. 1934 im Gasthaus zum „Grünen Baum“.
Beginn: Sonntagabend, den 27. 1. 18.30 (1/2 Uhr)
Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, den 28. 1. Vormittags 11 Uhr. Ende gegen 1 Uhr. Nachmittags von 1.40 Uhr bis gegen 18 Uhr.
Zur Teilnahme verpflichtet sind alle neuen Parteigenossen, die Angehörigen der N. S. Nebenorganisationen, die N. S. Frauenkraft. Die Führer der vaterländischen Verbände und Vereine sind lt. Anweisung gebeten ihren Mitgliedern die Teilnahme zur Pflicht zu machen. Außerdem werden die Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Ortsgruppenbereiches zu der Tagung erwartet.
Der Schulungsobmann.

Alle Blockwarte der NSDAP. versammeln sich am Mittwoch um 18.15 Uhr (6.15 Uhr nachm.) im Gasthaus „Zur Traube“, um die Programme der Schulungsstagnung in Empfang zu nehmen. Die Blockwarte von den Dörfern können die Programme im Lauf des Mittwochs durch einen Beauftragten bei dem Schulungsobmann abholen lassen.

Der Ortsgruppenleiter.



Hitler-Jugend

Mittwoch Abend 7.45 Uhr Auftreten (Burgf.).

Wochenend-Schulungsstagnung
am 27. 28. 1. 1934 im Gasthaus zum „Grünen Baum“.
Beginn: Sonntagabend, den 27. 1. 18.30 (1/2 Uhr)
Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, den 28. 1. Vormittags 11 Uhr. Ende gegen 1 Uhr. Nachmittags von 1.40 Uhr bis gegen 18 Uhr.
Zur Teilnahme verpflichtet sind alle neuen Parteigenossen, die Angehörigen der N. S. Nebenorganisationen, die N. S. Frauenkraft. Die Führer der vaterländischen Verbände und Vereine sind lt. Anweisung gebeten ihren Mitgliedern die Teilnahme zur Pflicht zu machen. Außerdem werden die Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Ortsgruppenbereiches zu der Tagung erwartet.
Der Schulungsobmann.

Alle Blockwarte der NSDAP. versammeln sich am Mittwoch um 18.15 Uhr (6.15 Uhr nachm.) im Gasthaus „Zur Traube“, um die Programme der Schulungsstagnung in Empfang zu nehmen. Die Blockwarte von den Dörfern können die Programme im Lauf des Mittwochs durch einen Beauftragten bei dem Schulungsobmann abholen lassen.

Der Ortsgruppenleiter.

Reichsbauernntag

Der Bauer im Dritten Reich

Weimar, 22. Januar.

In der festlich geschmückten 3000 Personen fassenden Weimar-Halle, die bis auf den letzten Platz besetzt war, wurde der Deutsche Reichsbauernntag feierlich eröffnet.

Staatssekretär Willkens begrüßte im Namen des Reichsbauernführers die Teilnehmer. Er betonte, daß am heutigen Tage das gesamte Bauerntum dieses Reichs und jenseits der deutschen Reichsgrenzen nach Weimar blide, wo der Reichsbauernführer zum ersten Male im neuen Reich seine Ziele und seine agrarpolitische Gesamtstrategie bekanntgeben wollte.

Am Namen der Thüringischen Staatsregierung sprach für den erkrankten Ministerpräsidenten Ministerialrat Staatsminister Wächter. Er hielt die deutschen Bauern und ihre Führerschaft in Weimar und Thüringen herzlich willkommen. Seit dem Amtsantritt der nationalsozialistischen Thüringischen Regierung im August 1932 sei es deren Bestreben gewesen, das Thüringische Bauerntum mit Rat und vor allem mit der Tat zu fördern, und er dürfe heute bekennen, daß zwischen dem Thüringischen Landesbauernführer und der Thüringischen Regierung die allerbeste Zusammenarbeit gewährt sei, weil ja an beiden Stellen alle Kämpfer der nationalsozialistischen Idee stünden, die sich über die Möglichkeiten des Tages in dieser Idee immer wieder zusammenfänden. Je mehr aber für diese Idee gekämpft werde, desto stärker ließe sich das Eintreten für die Einigung und den Ausbau des deutschen Bauerntums geschehen. Mit den Worten: In der Stärke, der Treue, der Disziplin und der Geschlossenheit liegt unser Sieg, und in dieser Stärke werden wir ein freies Volk auf freiem deutschen Boden werden, schloß der Minister seine Ausführungen.

Im Anschluß sprach der Thüringische Landesbauernführer Reudert, dessen Worte vor allem ein Bekenntnis zum Reichsbauernführer Darré waren. Es gebe heute in Deutschland keinen anständigen und ehrlichen Bauern mehr, der nicht vertrauensvoll und blindlings die Wege gehe, die der Reichsbauernführer dem deutschen Bauerntum weise. Der Reichsbauernführer sei nicht mehr Selbstzweck, sondern er sei der Weg zur Erfüllung der Pflichten innerhalb der Volksgemeinschaft. Als Richtschnur für diesen Bauerntag gebe er das Wort Hitler: Wir kämpfen nicht für uns, nicht für eine Partei, nicht für einen Stand, wir kämpfen für unser deutsches Volk und seine Unverletzlichkeit.

Nachdem Johann Hauptabteilungsleiter M. H. mit kurzen Worten die Bedeutung des Tages „Blut und Boden“ geschildert hatte, folgte eine mit großer Begeisterung aufgenommene Vorführung dieses Films, an die sich dann die vorgesehenen Fachreferate anschloßen.

In der Weimarerhalle wurde am Sonntag der Haupttag des Reichsbauerntages in feierlicher Weise eröffnet. Unter Thüringischen Heilrufen der Versammlung betrat Reichsbauernführer Darré den Saal. Staatssekretär Willkens betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß bereits der erste Tag des Bauerntages als ein Tag der Arbeit und der Freude gezeitigt habe, daß das, was die Reichsbauernführerschaft als Zielsetzung für das deutsche Bauerntum gesetzt habe, schon in der Gemeinschaft des deutschen Bauerntums feste Wurzeln zu schlagen beginne.

Gedankengänge Meinbergs

Hierauf ergriff der Reichsbeamte der bäuerlichen Selbstverwaltung, Staatsrat Meinberg, das Wort zu einem Vortrag, der Stellung und Aufgabe des Bauern im Dritten Reich behandelte. Er entwickelte dabei folgende Gedankengänge:

Die Geschichte des deutschen Bauerntums lehrt uns, daß der bisher beschrittene Weg die einzige Möglichkeit war, um den deutschen Bauern vom drohenden Untergang zu retten.

Die Auffassung des Wirtschaftsliberalismus führte zu einer Auflösung des Volkes in Interessengruppen, zum Kampfe aller gegen alle. Erst dem Nationalsozialismus ist es vorbehalten gewesen, dieser unheiligen Zerlegung ein Ende zu bereiten. Das Bauerntum ist wieder zu einer tragenden Säule des Volkes gemacht worden.

Die Stellung des deutschen Bauerntums im Dritten Reich ergibt sich aus einer neuen Rechtschöpfung. Der erste Schritt hierzu, gleichzeitig der entscheidende Schritt ist das „Reichserbhofgesetz“, das den Bauern und sein Geschlecht auf der Scholle festigt und durch dessen Auswirkung in kommenden Jahrhunderten ein dauernder Strom guten deutschen Blutes unter Volk befruchtet wird. Dem dient das „Reichsnährstandsgesetz“, das die Ware, die der Bauer erzeugt, aus der Falsifikation der volkstümlichen Wirtschaftsauffassung herausnimmt.

Die dritte große Aufgabe ist die Schaffung neuen Bauerntums dort, wo durch den Kampf der Jahrhunderte das Bauerntum vernichtet und zerstört wurde.

Darrés grundsätzliche Ausführungen

Sobald hielt unter großer Aufmerksamkeit Reichserziehungsminister und Reichsbauernführer R. Waltherr Darré seine mit besonderer Spannung erwartete Rede über die Grundsätze nationalsozialistischer Bauernpolitik und ihre zukünftigen Aufgaben.

Der Reichsbauernführer ging davon aus, daß man am ersten Deutschen Reichsbauernntag der deutschen Geschichte feststellen könne, daß wohl auf keinem innenpolitischen Gebiet der Zusammenfassung nationalsozialistischer Revolution und deutscher Revolution so ausgeprägt in Erdringung wie auf dem Gebiete der Agrarpolitik. Auf keinem anderen Gebiete habe die Totalität des nationalsozialisti-

chen Gesamtanspruches so in die Weltlichkeit umgekehrt werden können. Der belohnte Darré hatte daher den alten Kämpfern der Bewegung, die tren und untrennbar als Begleitende Adolf Hitlers in den schwersten Jahren der Weimarer Republik hielten, um damit den totalen Durchbruch der nationalsozialistischen Agrarpolitik zu ermöglichen. Die nationalsozialistische Zusammenfassung des deutschen Bauerntums habe die legale Durchführung der Revolution garantiert und damit unübertreffliches Verdienst um unsern Vaterland geleistet.

Es ist mit ein Bedürfnis, so erklärte der Reichsbauernführer weiter, an dieser Stelle Adolf Hitler den Dank des deutschen Bauerntums dafür zum Ausdruck zu bringen, daß er das nationalsozialistische Deutschland beruht auf dem Bauerntum aufgebaut und damit eine neue Epoche deutscher Geschichte eingeleitet hat.

Der Reichsbauernführer beschäftigte sich dann eingehend mit den wirtschaftlichen Fragen und erklärte, wenn der Reichsbauernführer dem deutschen Bauerntum durch das Reichserbhofgesetz eine Sonderstellung eingeräumt habe, so deshalb, weil er in dem Bauerntum die Basisquelle der Nation erblickte. Es gehe niemals um den Sonderstatus eines Standes, sondern um das Wohl des gesamten Volkes.

Die Einigung der Bauernschaft sei die erste, und die Einheit zwischen Bauernführer und Minister die zweite Voraussetzung zu dem Agrargesetzwerk gewesen. Das Reichsnährstandsgesetz sei die Voraussetzung gewesen für das Gesetz über die Getreidepreise. Mit diesem Gesetz habe man das liberalistische System ins Meer gestossen, und das gesamte Landwirtschaft ließe sich von der freien kapitalistischen Marktwirtschaft abgehängt und zu einem selbständigen Abschnitt innerhalb der Gesamtwirtschaft gemacht werden, der seine eigene neue Wirtschaftsweise entwickeln könne, die eben die nationalsozialistische Wirtschaftsweise sei. Auf diesem Grundgedanken beruhen auch die inzwischen erlassenen Gesetze, die eine Marktregelung für Getreide, Milch, Butter, Käse und Eier durch Reichsstellen vorsehen.

Mit dem festliegenden Preise ändere sich auch das ganze Wirtschaftssystem mit einem Schlag.

Zu dem Bestreben nach festen Preisen und festen Löhnen gelte sich das Bestreben nach einem festen Zinssatz. Hier liege allerdings die schwierigste Aufgabe. Denn es handle sich ja schließlich darum, das Kapital aus der kapitalistischen Wirtschaft herauszulösen. Daß dieses Ziel, das ja nicht anderes bedeute als die Brechung der Zinsneuschicht, allen Nationalsozialisten unüberwindlich vor Augen stehe, ließe sich selbstverständlich. Es stehe fest, daß es an der deutschen Bauernwirtschaft nicht liegen solle, zur Brechung der Zinsneuschicht bis zum letzten beizutragen, da sie ja am härtesten darunter gelitten habe.

Der Reichsbauernführer schloß in der Ueberezeugung, daß unser Nachfahren einmal erklären würden:

Die Bauernführer aus der Zeit der großen deutschen Revolution haben in hingebungsloser Arbeit ihrem Volke und Landeshaus gedient und haben sich dabei bewiesen als das unerschütterliche Fundament unseres Führers Adolf Hitler.

Der Reichsjugendführer auf den Reichsbauernntag.

Am weiteren Verlauf des Reichsbauerntages ergriff auch der Reichsjugendführer Baldur von Schirach das Wort, um den Bauernführern den Sinn und die Notwendigkeit der Eingliederung der Bauernjugend in die Hitlerjugend darzulegen und um dem Reichsbauernführer den Dank für sein verständnisvolles Eingehen auf die Notwendigkeit auszusprechen.

Ausklang

Den Abschluß des Reichsbauerntages bildete eine von der Bauernschaft des Landes Thüringen und der angrenzenden Gebiete stark besuchte Massenkundgebung in der Weimarerhalle am Sonntagabendmittag.

Staatsrat Meinberg begründete in seiner Ansprache u. a. die Verlegung des Sitzes des Reichsnährstandes von Berlin nach Goslar in dem Sinne, daß sich dieser Sitz aus dem Wesen der Organisation naturgemäß ergebe, da eine bäuerliche Organisation so nahe wie möglich an das Bauerntum selbst herangebracht werden müsse. Goslar sei überdies der geschichtliche Mittelpunkt niederdeutscher Bauernpolitik.

Stabschef Köhm:

SA als Garantin der Revolution

Friedrichroda, 22. Januar.

In grundsätzlichen Ausführungen, die den Mittelpunkt der SA-Führertagung in Friedrichroda bildeten, erklärte Stabschef Köhm u. a.:

Dem Jahr des Sieges folge das Jahr der Bewährung. Die nationalsozialistische Revolution stelle uns über das bisher Erreichte hinaus noch große und wichtige Aufgaben, durch deren Erfüllung die deutsche Erhebung ihre Krönung erfahren müsse. Vor der Gefahr des Stagnierens und des geistigen Verfalls bewahre die Nation der Schwung der SA, als der Garantin der Revolution.

„Wir sind kein bürgerlicher Klub, sondern eine Vereinigung entschlossener revolutionärer Kämpfer. In der SA wird und muß diese revolutionäre Linie im Geiste der rückliegenden Zeit eingehalten werden. Ich will keine Kämpfer führen, die den Spielern gefallen, sondern Revolutionäre, die ihr Vaterland vorwärts reißen.“

Das neue Deutschland müsse, so fuhr der Stabschef fort, immer geistig jung bleiben und dürfe nie ein bürokratischer Staat werden. Wenn Träumer und reaktionäre politische Genossen das nicht begreifen wollten, so würden sie durch die SA, darüber eindeutig belehrt werden. Der Stabschef betonte weiter, daß der deutsche Aufbau die ganze straffe Zusammenfassung aller Kräfte er-

fordere, die gewillt seien, bedingungslos mit der Nation einzutreten unter einer Führung, einem Willen, einem Ziel.

Es werde künftig keine getrennt voneinander stehenden Kolonnen mehr geben, sondern nur die gemeinsame Einheit aller politischen Soldaten der Nation, die — gleich in ihren Pflichten und darum auch gleich in ihren Rechten — bereit seien von elerner Erneuerung von vorwärtsdringendem revolutionärem Schwung und von glühender Vaterlandsliebe. Aufeinander eingeleitet, ren, vom obersten SA-Führer bis zum letzten SA-Mann, seien die braunen Bataillone die revolutionären Willenskräfte des nationalsozialistischen Staates, die das Vertrauen des Führers mit unbedingter, hingebungsvoller Treue bewährten.

Aus dem Korruptionsjumpf

Wieder Anklage gegen Hirtfelder und Genossen.

Die Justizprüfungsstelle Berlin teilt mit: Vor einigen Wochen wurde der frühere Staatsminister, Abgeordneter des Reichstages, Herr Hirtfelder, wegen eines Betruges in Höhe von 100.000 Reichsmark einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Hirtfelder hat gegen dieses Urteil Revision angemeldet, die bisher nicht entschieden worden ist.

Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft Berlin erneut gegen Hirtfelder und andere Anklage erhoben und die Erklärung des Hauptverfälschers beantragt, daß der Öffentlichkeit Einblick in die geradezu ungläubigen Details der früheren preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt und in dem mit ihm in enger Verbindung stehenden Bereich „Reichszentrale, Landbesitzer für Staatskinder“ und „Hilfswirtschaft deutscher Kinder im Ausland“ geben wird.

Die Anklage richtet sich außer gegen den früheren Generalsekretär Hirtfelder, gegen den Verbandsleiter Dr. Dr. h. c. Heinrich Gerlich, den Staatssekretär a. D. Professor Dr. Dr. h. c. Adolf Schmidt, den Ministerialdirektor a. D. Hermann Peters, den Ministerialdirektor in einstweiliger Ruhestand Dr. Alexander Schneider und den Ministerialverwaltungsdirektor a. D. Geheimen Regierungsrat Hermann Tilsch. Allen wird Untreue, teilweisem Betrug und Veruntreuung zur Last gelegt.

Die Anklage wirft u. a. Hirtfelder, Schmidt und Gerlich Untreue und Peters Veruntreuung zur Last, weil sie die Beschaffung des dritten Ehrenpreisträgers für Hirtfelder aus der Universität Graz, diesen Titel mußte die „Reichszentrale“ an preußischen Geldern mit nicht weniger als 22.000 RM bezahlen. Zu der Feier für den auf diese Weise in den Besitz des neuen Ehrenpreisträgers gekommenen Generalsekretärs, an der außer anderen rund 20 Ehren Gästen aus der damaligen Reichsregierung Brüning teilnahmen, wurden allein für das Frühstück über 1800 RM ausgegeben.

Abbrümmungskonferenz weiter vertagt

Vorläufig kein Zusammenritt der Ausschüsse.

Genf, 21. Januar.

Ueber die Sitzung des Kleinen Abbrümmungspräsidiums ist ein Bericht veröffentlicht worden, der besagt, daß die Genfer Abbrümmungsausschüsse vorläufig nicht zusammenzutreten werden. Es ist beschlossen worden, daß in Anbetracht der bestehenden Meinungsverschiedenheiten über wichtige Fragen auf diplomatischem Wege durch die verschiedenen Staaten Unterredungen unterommen werden sollen, um die Meinungsverschiedenheiten zu vermindern.

Ausschluß für Abstimmungsvorbereitung

Starke Gegenfälle im Völkerrundrat über die Saargebiet.

Der Völkerrundrat hat erneut in geheimer Sitzung über die Saargebiet verhandelt. Dabei fand ein eingehender Meinungsaustausch über das ganze Problem statt. Besondere Fragen beantwortete der Präsident der Saargebietskommission R. n. o. g. Anso soll dabei die Lage im Saargebiet als außerordentlich ungünstig und bedenklich geschildert haben. Da der Präsident der Regierungskommission bekanntlich in allen Fragen einseitig Partei ergriffen hat, können diese Auskünfte in keiner Weise eine geeignete Grundlage für die Entschlüsse des Rates bilden.

Wie man hört, haben sich im Verlaufe der geheimen Ratssitzung starke Gegenfälle gezeigt. Es ist nicht gelungen, zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen. Grundlegend wurde allerdings beschlossen, dem Berichterstatter Woll noch vier weitere Ratsmitglieder zuzuteilen, um so einen Fünfer-Ausschuß zu bilden, der die vorbereitenden Maßnahmen für die Volksabstimmung treffen und dem Rat für seine Mitwirkung entsprechende Vorschläge unterbreiten soll. Die Namen der vier beizugeordneten Ausschlußmitglieder stehen noch nicht endgültig fest.

50 Verbrechen vor der Aufklärung?

Ausfahrende Ausfahnen im Dortmunder Mordprozess.

Dortmund, 20. Januar. In dem großen Mordprozess gegen den Kraftwagenführer Eberhard Pieper, den Handlungsgeschäftigen August Scheer und den Gelegenheitsarbeiter August Schulte gab es eine sensationelle Uebernahme. Die drei Angeklagten sind des vollendeten Mordes und schweren Raubes an dem Holzhändler Narowski aus Witten-Annen, die Angeklagten Scheer und Schulte ferner noch des Mordes und schweren Raubes an der Witwe Schur aus Hagen und der Hausangestellten Emma Schneider aus Herford angeklagt.

In der Verhandlung erklärte plötzlich der Angeklagte Schulte, es handle sich nicht nur um drei, sondern vielmehr um etwa 50 Verbrechen. Schulte zählte dann elfe bisher noch nicht aufgeklärte Mordfälle und eine Reihe von Totschlägen ein. Es bleibt abzuwarten, ob die Angeklagten Schulte zurechnen.

Ab Mittwoch:

frische Bücklinge,
Lachsheringe,
Kieler Sprotten,
Karl Bender

Lest Euer Heimatblatt!

Chorverein

„Lieberrängen“

Donnerstag ab 1/9 Uhr

Gesangsstunde

Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.



Stempel aller Art
Verlag d. Langenberger Zeitung
H. LANGENBERG
Langenberg, Bez. Hamm

Feinseifen

in reicher Auswahl billig und gut
Karl Bender

Mittwoch früh:



frische Schellfische
grüne Heringe

H. Mohr.